

Rede von Stadtrat Lachenauer
zur Haushaltsverabschiedung im Gemeinderat am 26.03.2015

- es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Bürgermeister,

es ist eine neue Situation, dass wir mitten in den Haushaltsreden mit einem Antrag konfrontiert werden, der hier im Haushalt abgehandelt werden soll. Ich gehe davon aus, dass er irgendwo bei einem der Anträge oder beim Leitantrag integriert werden soll. Genau habe ich das nicht mitbekommen. Dazu sage ich noch etwas zum Schluss.

Meine Damen und Herren, wir haben vor etlichen Wochen den Entwurf des Herrn Oberbürgermeisters gelobt. Auch wir haben ihn gelobt. Wir sind davon ausgegangen, dass er so, wie er uns vorgestellt worden ist, trotz unserer Bedenken hinsichtlich der Neuverschuldung, ein Ergebnis ist, mit dem dieser Gemeinderat leben kann. Wir haben dann einige wenige Änderungsanträge gestellt mit einer Summe von ungefähr 80- bis 90 000 Euro und haben diese gegenfinanziert mit Einsparungen von mehr als 210 000 Euro. Unter dem Strich wollten wir nicht mehr ausgeben, als das, was der Entwurf des Herrn Oberbürgermeisters vorsieht. Davon ist allerdings in diesem Paketantrag einer Mega-Haushaltskoalition überhaupt nicht mehr die Rede und die Versprechungen bei der Einbringung der Änderungsanträge – es sei alles gegenfinanziert – erweisen sich als Makulatur. Das, was im Antrag enthalten ist, ist nicht gegenfinanziert, es erhöht die Verschuldung.

Lassen Sie mich eines vorwegschicken: Wir sind froh, dass der Antrag der Grünen, hinsichtlich der Einführung einer Übernachtungssteuer, vom Tisch ist. Und wir denken, dass der Antrag der Bunten Linken, hinsichtlich einer Erhöhung der Gewerbe- oder Grundsteuer keine Mehrheit finden wird. Wir sind auch froh, dass in diesem Paket die Streichungsanträge von Rot und Grün, was die Straßensanierungsmittel anbetrifft, auch vom Tisch sind. Wir denken, das war nicht ein Verhandeln, sondern der gesunde Menschenverstand, dass unsere Straßen in einem jämmerlichen Zustand sind und man nicht noch hergehen kann, damit Haushaltspolitik zu betreiben, indem man dort Ausgaben streicht, um an anderer Seite mehr ausgeben zu können.

Meine Damen und Herren, Ihr Paket ist nicht gegenfinanziert, es ist zum Teil nicht mit Bedarf unterlegt und zum Teil, bewusst oder unbewusst, unterfinanziert. Beispiele: In Ihrem Paket haben Sie die unsinnige Sanierung der Haltestelle Handschuhsheim Nord für 100 000 Euro, ohne öffentliche Mittel und Fördermittel. Trotz der Hinweise der Stadtverwaltung und der RNV, dass man hier etwas zuwarten sollte, bis die gesamte Trasse durch die RNV saniert wird, nehmen Sie die 100 000 Euro mit in Ihren Paketantrag auf. Eine völlig unsinnige Ausgabe, um irgendwelche Interessen und Ideen zu bedienen. Eigentlich recht sinnlos – dafür aber haben Sie den Radverkehr mit 200 000 Euro mehr gefördert. Dann streichen Sie das Fanprojekt Hoffenheim. Eine ganz tolle Veranstaltung, das einzige soziale Projekt, das gestrichen wird. Dieses Fanprojekt ist dazu da, um Jugendliche davon abzuwenden, Hooligan zu werden. Das ist ein Projekt der AWO und nicht des Herrn Hopp – aber Sie meinten, den „riesen“ Betrag von 10 000 Euro streichen zu müssen. Ein tolles Zeichen in die Region, was Heidelberg davon hält. Dann ist der Masterplan mit 100 000 Euro enthalten. Die Verwaltung hat gesagt, dass unter 300 000 Euro nichts geht. Sie werden uns nachher sicherlich noch erklären, warum trotzdem nur 100 000 Euro eingestellt werden sollen. Und bei der Großsporthalle verstehe ich auch

die Fußnote nicht, dass ein neues Gutachten zu machen ist. Die Verwaltung hat darauf hingewiesen, mit 50 000 Euro ist nicht beides zu machen – eine Planungsrate und ein Gutachten. Jetzt frage ist Sie, was soll denn gemacht werden mit den 50 000 Euro. Ich lese es so: keine Planungsrate sondern ein Gutachten. Nebenbei bemerkt: In diesem Haushalt sind ungefähr 6 Mio. Euro eingestellt für den Umzug des Karlstorbahnhofes. Wir lesen heute in der Zeitung, dass ein Teil des Karlstorbahnhofes gar nicht umziehen will. Wir haben keine Grundsatzentscheidung dazu, aber ein Gutachten darüber wollen Sie allerdings auch nicht machen. Vergleichbare Fälle – aber differenziertes Handeln. Was wir sehr bedauern ist unser Antrag für die Wirtschaftsförderung. Wir mussten ihn zurückziehen, weil es sonst eine Verschlimmbesserung gegeben hätte. Die Notwendigkeit, unsere Wirtschaftsförderung zu stärken, ist, glaube ich, unbestritten. Sie findet sich leider nicht in finanziellen Zahlen im Haushalt wieder, über das hinaus, was die Verwaltung schon dankenswerter Weise mehr in dieser Richtung unternommen hat. Sage und schreibe zwei Stellen wollten wir hier. Das war nicht möglich. Beim Theater ist eine Stellenmehrung von 12 Stellen möglich gewesen – darüber hat man nicht diskutiert. Ich will eines deutlich machen: Das soll kein Ausspielen des Einen gegen den Anderen sein und wir haben akzeptiert, nachdem es uns nachgewiesen worden ist, dass die Erhöhung beim Theater notwendig, nicht nur sinnvoll, ist.

Aber die Heidelberger haben nicht nur zu meckern, sondern auch noch etwas einzubringen. Wir bedauern allerdings sehr die Entscheidung hinsichtlich der Heidelberger Sinfoniker, die unbestreitbar in einer sehr schwierigen Situation sind (Sie kennen die gesundheitliche Situation ihres Leiters Herrn Fein). Das bringt die Sinfoniker in eine sehr diffizile Situation. Wir hatten im Gemeinderat und auch im Haushalt ab und zu die Situation, dass Zuschussempfänger an uns herangetreten sind, um Notsituationen zu lindern. Eine Bereitschaft hierzu ist in Ihrem Paket nicht vorhanden.

Meine Damen und Herren, unsere Anträge (Streichungen 201 000 Euro, Erhöhungen 25 000 Euro) sind überfinanziert mit 176 000 Euro. Dann möchte ich zu unserem Hauptantrag kommen: Die Verlustabdeckung beim SWH-Konzern. Wir werden nachher noch beim Tagesordnungspunkt Betriebshof einiges zu sagen haben. Es findet sich in dieser Richtung etwas in Ihrem Leitantrag, aber wir haben bereits vor einiger Zeit – und das ist Tagesordnungspunkt in der nicht öffentlichen Sitzung – die Finanzierung des Öffentlichen Nahverkehrs in Heidelberg auf die Tagesordnung gebracht. Dazu brauchen wir keinen Leitantrag, der sagt, man wird sich demnächst damit befassen. Sondern hier muss - weil höchste Zeit- konkret gehandelt werden. Die Finanzierung dieses unseres Antrages, die Zahlen sind etwas seltsam, möchte ich für Sie kurz erläutern: Die Verwaltung hat uns, in Abänderung ihres eigenen Entwurfs aufgrund der neuen Erkenntnisse, mitgeteilt, dass unter dem Strich die Einnahmensituation um 1,6 Mio. Euro verbessert werden kann. Allerdings: die 1,6 Mio. Euro sind das Ergebnis einer Subtraktion in den beiden Jahren 2015 und 2016 und deswegen sind auch unser Anträge für die beiden Jahre unterschiedlich. Wir wollen diese Mehreinnahmen dazu verwenden, den Verlust des Stadtwerkekonzerns abzudecken und den globalen Minderaufwand, den Sie auch in Ihrem Paket mitaufgenommen haben, ebenfalls dazu verwenden, um das jährliche Loch von 7 Mio. Euro, das uns der Öffentliche Nahverkehr im Stadtwerkekonzern jährlich bringt, zusätzlich zu decken. Wir wollen nicht verschweigen, dass im Haushaltsentwurf des Oberbürgermeisters eine erkleckliche Summe vorhanden ist (20 Mio. plus), nur wir wissen, der Bedarf dieses unseres städtischen Unternehmens ist 27 Mio. Euro. Und, meine Damen und Herren, dieses Thema hat zwei Komponenten: die Vergangenheit und die Zukunft. Wir reden hier über Vergangenheitsbewältigung, sprich, wie bekommen wir diese finanzielle Talfahrt in den Griff. Und wie kann – wie prognostiziert - dem Eigenkapitalverzehr im Stadtwerkekonzern entgegengewirkt werden. Sie alle kennen die Zahlen. Sie sind uns deutlich dargestellt worden.

Das zweite Thema ist: wie bekommen wir das zukünftig in den Griff. Dazu haben wir eine Idee, die ich Ihnen gerne vortragen möchte. Allerdings im Zusammenhang mit dem Thema Verschuldung. Meine Damen und Herren, Ihr Paketantrag löst nicht die künftigen und vorhersehbaren Probleme dieser Stadt, was die Neuverschuldung anbetrifft. Sie verschlechtern sie. Wir haben im Entwurf eine Verdoppelung der Verschuldung bis 2018. Nebenbei bemerkt: Land und Bund haben keine Neuverschuldung - die Stadt Heidelberg geht anscheinend einen anderen Weg. Sie haben, nach meiner Berechnung, in Ihrem Paket insgesamt eine Erhöhung der Verschuldung um 3 Mio. Euro, die laufende Schulsanierung, die vorhin schon angesprochen worden ist, ist dabei noch nicht berücksichtigt. Sprich: Wir schieben eine Walze vor uns her – nämlich eine nicht durchgeführte laufende Schulsanierung. Zwei Jahre à 1,8 Mio. Euro sind 3,6 Mio. Euro – finden sich nicht im Haushalt. Das heißt, latente weitere Risiken sind nicht abgebildet. In diesem Zusammenhang müsste ich auch noch an die Bahnstadt erinnern. Sie wissen, dass uns da inzwischen die Kosten davon laufen. Wir bilden dort einen Stadtteil, der unbestreitbar Modellcharakter hat. Aber wie das so ist bei Modellcharakteren, sie kosten Geld und es ist dort fast nichts zu teuer. Allerdings die Mieten auch. Dass wir dann als Stadt dort auch noch Eigentumswohnungen für 16 Euro pro Quadratmeter anmieten, setzt eigentlich dem Fass die Krone auf – das jedoch nur nebenbei. Die Konversionsflächen werden in den nächsten Jahren ebenfalls mit finanziellen Verlusten zu Buche schlagen. Die Größenordnungen wagt man sich noch nicht auszudenken. Aber es wird nicht unerheblich sein.

Zum Stadtwerkekonzern: Wir sind der Auffassung, dass der Gemeinderat mit großer Mehrheit festlegen muss, welche Ziele wir in Heidelberg im Öffentlichen Nahverkehr haben wollen. Sprich: was darf der Öffentliche Nahverkehr den städtischen Haushalt kosten? Ich denke, wenn wir hier ein Ziel finden, das kann in einer Größenordnung von 20 bis 25 Mio. Euro liegen, dann ist das „Wie“ die nächste Aufgabe. Hier gibt es sicherlich verschiedene Möglichkeiten und ich will gerade nicht damit anfangen, Personal abzubauen, sondern überlegen, wie der Umfang des Öffentlichen Nahverkehrs mit gleichem Angebot effizienter gestaltet werden kann. Oder ist da oder dort noch Bedarf da? Ich denke, wir sollten weggehen vom alten System der Politik des Angebots und uns danach richten, wie der Bedarf ist? Wenn wir hier einen Konsens finden, dazu sind Sie alle aufgerufen, dann denke ich, bekommen wir eines unserer größten finanziellen Probleme dieser Stadt in den Griff, ohne dass wir einen bemitleidenswerten Öffentlichen Nahverkehr bieten würden. Denn das, was wir im Moment haben, ist keinesfalls wenig oder auch nur mittelmäßig. Es ist zumindest gut.

Lassen Sie mich zum Schluss eines sagen: Die Heidelberger bleiben bei ihren Haushaltsgrundsätzen, wie sie sie immer gehabt haben. Wir sind der Auffassung, zuerst die Pflicht und dann die Kür. Denn was wir gar nicht wollen ist, die Neuverschuldung dieser Stadt weiter in die Höhe zu treiben. Das sind wir unseren Kindern schuldig.

Zum Antrag der SPD möchte ich noch sagen: Die Personen, die die Sitzung mit den Vertretern der Forschungsinstitutionen miterlebt haben, muss ich fragen, ob sie das ernst meinen, was sie hier beantragen. Sie sind bereit, einen Bebauungsplan durch zusätzliche Mittel im Haushalt „anzustoßen“ und verlangen von den Klägern, auf dieser Basis ihre Klage zurückzunehmen. Sie haben doch gehört, welche Auffassung diese Institutionen vertreten und dass Sie mit der Trasse, wie sie im Gespräch ist, nicht einverstanden sind. Wenn Sie nun darauf hinweisen, dass man kurz vor dem Abschluss eines Vergleiches stand, dann muss ich dazu sagen, dass die Informationen auch etwas auseinandergehen, wer von diesen vier Institutionen mit dem Vergleich einverstanden oder wie weit die Einigung schon gediehen war. Allerdings, und das muss man zur Kenntnis nehmen ohne es beurteilen oder kommentieren zu müssen, hat sich in dieser Sitzung gezeigt, dass die Vergleichsgrundlage für diese vier Forschungsinstitutionen keine mehr ist. Selbst wenn das umgesetzt wird, was Inhalt des Vergleiches war, wird es nicht dazu führen, dass die Institutionen ihre Klagen zurücknehmen. Zudem

finde ich nirgendwo die finanzielle Unterlegung hierzu. Wir wissen, dass die Vergleichsmaßnahmen die Stadt Heidelberg zusätzliche Millionen kosten würde. Nebenbei bemerkt: Ich habe vor ungefähr vier Monaten an einer Aufsichtsratssitzung teilgenommen, bei der gesagt wurde, wenn die Bäume nicht bis zum 28.02.2015 gefällt werden können, müssen wir warten bis zum 01.10.2015 und dann wird es zeitkritisch. Dieser Zeitpunkt ist schon vorbei – wir werden also gar nicht in den Genuss dieser Mittel kommen, die wir angemeldet haben. Ich denke, dieses Projekt wird aus der Förderung des Mobilitätsnetzes herausfallen.

Zum Betriebshof: Hier weiß man jetzt gar nicht mehr, was man glauben soll. 35 Mio. Euro haben wir beantragt und haben, so wie es uns versichert wurde – und ich habe keinen Grund, daran zu zweifeln – eine 75%-Förderung. Die Alternative – ich erinnere an unseren verstorbenen Stadtrat Nils Weber – wurde als wenig sinnvoll erachtet. 12 Mio. Euro hätte diese gekostet. Jetzt haben entweder das Ministerium uns falsche Hoffnungen gemacht oder, nachdem wir nur 50 % bekommen, die RNV geschlampt. Sei es, wie es ist, Schuldzuweisungen helfen nicht. Faktum ist die finanzielle Auswirkung. Und selbst bei einer 50%-Förderung der Sanierung haben wir weitere 6 Mio. Euro im Haushalt des Stadtwerkekonzerns aufzufangen. Sie können alle rechnen – mehr muss ich dazu nicht sagen.

Vielen Dank.